
SOZIALPARTNERSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNGS- ENTWICKLUNG

Rezession von: Reinhard Christl,
Sozialpartnerschaft und Beschäfti-
gungspolitik in Österreich, Europäi-
sche Hochschulschriften, Peter Lang,
Frankfurt am Main/Bern/New York/
Paris, 1990, 222 Seiten, sFr 51,-

Die in der heimischen Diskussion seit der „Erdölkrise“ wiederholt zu Grabe getragene Sozialpartnerschaft erweist sich nicht nur unverändert als zentrale Determinante des wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehens in Österreich, sondern erweckt ebenso das Interesse ausländischer Betrachter. Letzteres gilt freilich nur eingeschränkt für den Autor der vorliegenden Studie, da dieser aus Österreich stammt. Allerdings studierte und arbeitete er an der Universität Passau und unternahm es, die Bedeutung der österreichischen Sozialpartnerschaft an einem konkreten Beispiel dem deutschen Fachpublikum zu demonstrieren – auch durch einen Vergleich mit der Entwicklung in diesem Land. Zum Objekt seiner Forschung wählte er die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Zeit des Rückschlages 1974/75.

Christl gibt einen wohlfundierten Überblick über Entstehung, Position sowie die Institutionen der Sozialpartnerschaft und auch über ihre Rolle in der Wirtschaftspolitik. Für den österreichischen Leser wird die Studie naturgemäß vor allem durch den Vergleich mit der Bundesrepublik interessant. Hierbei kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß in Österreich insbesondere der Arbeitnehmerseite ein

weit größerer Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zukomme als in der Bundesrepublik. Umgekehrt seien auch deutlich programmatische Unterschiede zwischen den beiden Gewerkschaften sichtbar. Während sich der ÖGB mit Staat und Gesellschaft identifiziert und auch für die Position der Arbeitgeber Verständnis zeige, sei der DGB in seinen Deklarationen eher auf Konflikt eingestellt. Die Lohnpolitik werde in Österreich der Vollbeschäftigung und dem Wirtschaftswachstum untergeordnet, wogegen sie in der BRD auch als Instrument der Umverteilung betrachtet werde. In Österreich verfolge man dieses Ziel eher über die Sozialpolitik.

Bedenkenswert scheint in diesem Zusammenhang der Hinweis des Autors, die liberale Haltung des ÖGB resultiere zum Teil aus seiner Trittbrettfahrerposition gegenüber dem DGB, welcher manche sozialpolitischen Forderungen durchkämpfte, die dann in Österreich unter Hinweis auf das deutsche Beispiel leichter durchgesetzt werden könnten. Vielleicht wäre dieser Gedanke, jenseits der Arbeitszeitverkürzung, genauer zu belegen.

Eine Ursache der relativ konfliktfreien Situation zwischen den Marktparteien in Österreich kommt in Christls Darstellung zuwenig hervor. Durch die Verstaatlichung fehlt nämlich in Österreich ein heimisches Großunternehmertum praktisch zur Gänze – die privaten Großbetriebe stehen in ausländischem Eigentum. Dieser Umstand bewirkte nicht nur einen faktischen Machtverlust für die Arbeitgeberseite, sondern schränkte sicherlich auch ihr Selbstbewußtsein – verglichen mit der BRD – ein.

Angesichts der programmatischen Unterschiede zwischen den Gewerkschaften scheint es bemerkenswert, daß die effektive Lohnpolitik keineswegs differiert. Der Autor vergleicht die Entwicklung der realen Tarifstundenlöhne seit 1970 und zeigt, daß diese in Österreich sogar stärker gestiegen sind – freilich auch die Produktivität.

Ebensowenig vermag er an der Lohnquotenentwicklung Unterschiede zwischen den beiden Ländern zu erblicken. Somit scheinen sich die Differenzen auf die Rhetorik und die Atmosphäre zu beschränken. In der politischen Praxis verhielten sich die deutschen Gewerkschaften ebenso wie die österreichischen – ein nicht ganz überraschendes Resultat, da die Korporatismusliteratur die BRD immer der dafür charakteristischen Staatengruppe zuzählt.

Gewisse Unterschiede sieht Christl in der Beschäftigungspolitik beider Länder. Das Konzept des „Austrokeynesianismus“ sei ohne gewerkschaftliche Kooperation nicht denkbar gewesen. Seine Effekte lägen allerdings im Vergleich zur BRD nicht in der Fiskal-, sondern in der Geldpolitik. Das Nettodefizit der öffentlichen Haushalte des Gesamtstaates in der BRD habe 1975 jenes Österreichs übertroffen. Erst in den achtziger Jahren sei die österreichische Fiskalpolitik deutlich expansiver als die in der BRD gewesen. Sichtbare Unterschiede fänden sich jedoch in der Geldpolitik. Das österreichische Zinsniveau wäre 1973 bis 1975 entgegen der langjährigen Situation deutlich unter dem deutschen gelegen. Der Autor schreibt diese Politik teilweise dem Sozialpartnereinfluß in der Notenbank zu, teilweise deren Überzeugung, daß eine lockere Geldpolitik zu keinen Konsequenzen bei den Löhnen führen würde.

Die wesentlichen Beschäftigungseffekte ergäben sich allerdings aus diskretionären Eingriffen wie der Beschäftigungspolitik, welche die verstaatlichte Industrie betrieben hatte und der Reduktion des Ausländerstandes. Nicht zu folgen vermag man der Meinung des Autors, die Arbeit der Österreicher im Ausland habe gleichfalls den Angebotsdruck gemildert, denn auch die Zahl dieser Arbeitskräfte ging nach 1975 zurück, ähnliches gilt für den Karenzurlaub. Ein gewichtiger Einfluß resultiere aus dem Transfer der Arbeitslosigkeit in das

Pensionssystem. Interessant scheint in diesem Zusammenhang, daß sich das „Vorruhestandsgesetz“ in der BRD als Fehlschlag erwiesen hat.

Wenn der Verfasser diese klare und wohldokumentierte Studie (es wurde die gesamte einschlägige Literatur verarbeitet) mit der Bemerkung beendet, es gehe darum, die österreichische Sozialpartnerschaft im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen zu „entmythologisieren“, dann wird sie diesem Ziel aus zwei Gründen nicht gerecht. Zunächst legt er selbst dar, daß sich zwar die Fiskalpolitik der BRD und Österreichs in der Phase des „Austrokeynesianismus“ nicht unterschieden hatten, wohl aber die Geldpolitik unter dem Einfluß der Sozialpartner. Und damit hatte durch den weit schwächeren Rückschlag in Österreich der Aufbau des Arbeitslosensockels mit seinen Hysteresiseffekten vermieden werden können, welchen Zusammenhang Solow mit den Worten „an ounce of prevention is worth a ton of correction“ (Solow, 1991, S. 196) charakterisiert. In der Folge kam es dann zum Unterschied, nicht nur zu Westeuropa, sondern möglicherweise auch zur Bundesrepublik zum Abbau der Lohnsteigerungsraten nicht durch „incomes policy by fear“ (Cornwall, 1991, S. 114), als Folge hoher Arbeitslosenraten, sondern als Konsequenz des „social bargain“, also der Sozialpartnerschaft.

Aber dann ist noch ein weiteres. Hier scheint natürlich ein quantitativer Nachweis kaum möglich, aber auf dieses Problem weist er ja selbst hin. Bedenkt man den ökonomischen Aufholprozeß Österreichs nach 1945, der je Einwohner noch erfolgreicher verlief als in der Bundesrepublik (alt) und erwägt man die gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte, welche diesem Staat zugeschrieben werden, muß man sich fragen, was es wohl gewesen ist, das diesen enormen Expansionsprozeß in Österreich ermöglicht hat. Was ist der wirtschaftliche „asset“ dieses Landes? Hängt das nicht doch irgendwie mit

der Sozialpartnerschaft zusammen?
Hängt das nicht doch irgendwie mit
der Sozialpartnerschaft zusammen?
Der zuletzt genannte kanadische Au-
tor scheint es jedenfalls im Zusam-
menhang mit der Wirtschaftspolitik
anzunehmen!

Felix Butschek

Literatur

- J. Cornwall, in ders. (Hrsg.), *The Capitalist Economies, Prospects for the 1990s*, Aldershot-Brookfield 1991
- R. M. Solow, *Unemployment as a Social and Economic Problem*, in: J. Cornwall (Hrsg.), *The Capitalist Economies, Prospects for the 1990s*, Aldershot-Brookfield 1991